

Dr.<sup>in</sup> Alma Zadić, LL.M.  
Bundesministerin für Justiz

Herrn  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Präsident des Nationalrats  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2022-0.149.492

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)9945/J-NR/2022

Wien, am 22. April 2022

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Peter Wurm, Kolleginnen und Kollegen haben am 24. Februar 2022 unter der Nr. **9945/J-NR/2022** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Trafikvergabe NEU bedroht Tabakmonopol und Trafikanten sowie Trafikwerber“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

**Zur Frage 1:**

- *Kennen Sie als Justizministerin die Problematik im Zusammenhang mit der Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs (VwGH) vom 21. Juli 2021 zur Frage ob die Vergabe von Tabaktrafiken dem Anwendungsbereich des Bundesgesetzes über die Vergabe von Konzessionsverträgen (Bundesvergabegesetz Konzessionen 2018 - BVergGKonz 2018) unterliegt?*

Ja, die Problematik, die aus der Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs (VwGH) entsteht, ist dem Bundesministerium für Justiz bekannt.

**Zur Frage 2:**

- *Wenn ja, welche Schritte wurden bereits diesbezüglich seit dem 21. Juli 2021 gesetzt?*

Bereits seit Herbst letzten Jahres arbeitet das Justizministerium im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen an einer Lösung des aufgezeigten Problems. In diesem Zusammenhang fanden bereits mehrfach Gespräche zwischen den Ressorts aber auch Gespräche mit den betroffenen Gruppen statt.

**Zur Frage 3:**

- *Sind Sie als Justizministerin mit dem Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (BMSGPK), dem Bundesministerium für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort (BMDSW) und dem Bundesministerium für Finanzen (BMF) in Kontakt, um hier eine entsprechende gemeinschaftliche Neufassung des § 13 Abs 1 und 2 Bundesvergabegesetz Konzessionen 2018 - BVergGKonz 2018 im Sinne einer Ausnahme für Trafikanten bzw. Trafikwerber (Tabakmonopol) umzusetzen?*

Das Justizressort ist mit dem Bundesministerium für Finanzen im laufenden Kontakt um eine unionsrechtskonforme Lösung (unter anderem im Rahmen des § 13 BVergGKonz 2018) zu erarbeiten.

Dr.<sup>in</sup> Alma Zadić, LL.M.

